

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 109. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 17. September 2020

1. Abgeordnete
Bettina Brück,
Astrid Schmitt,
Giorgina Kazungu-Haß,
Johannes Klomann und
Alexander Fuhr (SPD)

Digitale Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften

In Rheinland-Pfalz stehen den Lehrkräften zahlreiche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Seit Beginn der Corona-Pandemie ist die Bedeutung von digitalen Fortbildungen stärker geworden. Laut Medienberichten vom 8. September 2020 haben seit Anfang der Corona-Pandemie in Rheinland-Pfalz mindestens 10 000 Lehrkräfte von diesem Angebot Gebrauch gemacht und an Fortbildungen im Bereich der digitalen Bildung teilgenommen. Besonders die Zeit in den Sommerferien wurde von den Lehrkräften zur Fort- und Weiterbildung genutzt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Lehrkräfte haben seit Beginn der Corona-Pandemie an wie vielen Fort- und Weiterbildungen im digitalen Bereich teilgenommen, auch im Vergleich zum Vorjahr?
2. Welche Angebote stehen den Lehrkräften zur Fort- und Weiterbildung im digitalen Bereich in Rheinland-Pfalz zur Verfügung?
3. Welche Weiterentwicklungen sind im Fortbildungsangebot des Pädagogischen Landesinstituts in der digitalen Bildung geplant?

2. Abgeordnete
Martin Brandl und
Dr. Helmut Martin (CDU)

Kopflös in die Reform des Nahverkehrsgesetzes

Ein effizienter und moderner Nahverkehr ist von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Die bisher vorgelegten Ideen für eine Novellierung bleiben jedoch undurchsichtig und unvollständig. Für die finale Entscheidung über so ein weitreichendes Vorhaben bedarf es gesicherter Grundlagen, um das durchaus sinnvolle Ziel überhaupt erreichen zu können. Die Antworten auf die Kleinen Anfragen (Drucksachen 17/12905 und 17/12906) zeigen jedoch, dass es der Landesregierung genau daran mangelt. Der Landesregierung fehlt u. a. ein Überblick darüber:

- wie viele Kilometer Nahverkehrsnetz aktuell in Rheinland-Pfalz betrieben werden,
- wie sich die Kosten des Nahverkehrs in den letzten Jahren entwickelt haben,
- wie viele Personen den Nahverkehr aktuell nutzen,
- wie viel ein weiterer Kilometer Nahverkehr kostet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Fakten hält die Landesregierung als Grundlage für eine Reform des Nahverkehrsgesetzes für relevant?
2. Auf welcher Fakten-Grundlage soll diese so weitreichende Reform beschlossen werden?
3. Wie möchte die Landesregierung das oben genannte Defizit an Fakten kompensieren?
4. Welches quantifizierbare Ziel bei der Verbesserung des Nahverkehrs verfolgt die Landesregierung mit dem Gesetzentwurf?

3. Abgeordnete
Dr. Jan Bollinger und
Uwe Junge (AfD)

Gescheiterter Warntag in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Bei wie vielen Kommunen funktionierte keines der Warnsysteme?
2. Welche Befugnisse im Rahmen des Warntags liegen wo in der Zuständigkeit der rheinland-pfälzischen Landesregierung?
3. Gab es bereits Beschwerden von Kommunen an die Landesregierung, dass sie in der Wartung, Instandsetzung und Installation von Warnsystemen finanzieller Unterstützung bedürfen?
4. Wie viel Geld gibt die Landesregierung im Jahr für die Wartung, Instandsetzung und Installation von verschiedenen Warnsystemen aus?

4. Abgeordnete
Cornelia Willius-Senzer und
Steven Wink (FDP)

Woche der Berufsbildung 2020

Im Zeitraum vom 7. bis zum 11. September 2020 hat das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium gemeinsam mit den Handwerkskammern die diesjährige „Woche der Berufsbildung“ durchgeführt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Ziele wurden mit der „Woche der Berufsbildung“ verfolgt?
2. Welche Erkenntnisse wurden aus der diesjährigen „Woche der Berufsbildung“ gezogen?
3. Was unternimmt die Landesregierung, um Ausbildungsberufe für junge Menschen attraktiver zu machen und um dem Fachkräftemangel zu begegnen?

5. Abgeordnete
Andreas Hartenfels und
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klimaerhitzung führt zum sofortigen befristeten Einschlagsmoratorium für alte Buchen

Die Klimakrise trifft unsere Wälder mit voller Härte, wie die verfrüht einsetzende Herbstfärbung der Blätter in unseren Wäldern stark verdeutlicht. Nur ein geschlossenes Kronendach in unseren Wäldern hilft, das empfindliche Waldklima zu erhalten und Hitze und Trockenheitsstress für unsere Bäume zu reduzieren. Alte, geschlossene Buchenwälder sind hierbei von besonderer Bedeutung, weshalb die Landesregierung ein Einschlagsmoratorium für alte Buchenbestände beschlossen hat.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen haben fehlende Kronendächer und offene Kahlstellen auf das Mikroklima im Wald und auf die Bäume in Zeiten der anhaltenden Klimaerhitzung?
2. Welche Schäden sind insbesondere in unseren heimischen Buchenwäldern derzeit als Folge der vorangegangenen Hitze- und Trockenheitsperiode zu beobachten?
3. Warum sind alte Baumbestände und gerade Buchen wichtig für unsere heimischen Wälder?
4. Welche Maßnahmen zum Schutz und Erhalt unserer Wälder werden über das Einschlagsmoratorium hinaus von der Landesregierung umgesetzt?

6. Abgeordnete
Gerd Schreiner und
Anke Beilstein (CDU)

Schülerbeförderung an Mainzer Schulen

In der Allgemeinen Zeitung vom 11. September ist davon zu lesen, dass die Busse im Schülerverkehr in der Stadt Mainz trotz der hohen Corona-Auflagen nach wie vor sehr voll seien, was große Proteste bei Eltern auslöse.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche kurzfristigen Maßnahmen kann das Land Rheinland-Pfalz unterstützend leisten, um einen entzerrten Schulbeginn in Ballungszentren wie in Mainz zu ermöglichen?
2. Welche konkreten Auswirkungen hat das neue Schulgesetz auf Regelungen zu veränderten Schulbeginnzeiten?
3. Wer muss Änderungen für Uhrzeiten des Schulbeginns an Schulen nach dem neuen Schulgesetz zustimmen?
4. Ist das neue Schulgesetz aus Sicht der Landesregierung in der Praxis durch die veränderten Rahmenbedingungen durch Corona realitätsfern?

7. Abgeordnete
Hans Jürgen Noss
und Jens Guth (SPD)

Abschlussbericht der 2. Projektphase der Digitalen Dörfer

Die Innenstaatssekretärin Nicole Seingaß stellte am 10. September 2020 offiziell den Abschlussbericht der 2. Projektphase (2017 bis 2019) der Digitalen Dörfer vor.

Das im Sommer 2015 in drei rheinland-pfälzischen Modellverbandsgemeinden gestartete Projekt verfolgt das Ziel der Erarbeitung und Erprobung von digitalen Lösungen in ländlichen Regionen. Seit 2017 lief nun die zweite Projektphase und mittlerweile nutzen Bürgerinnen und Bürger in 26 Landkreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit der digitalen Kommunikation untereinander und mit der Verwaltung. Mit der kostenlosen Freischaltung der projekteigenen Anwendungen DorfFunk und DorfNews durch das Innenministerium im Rahmen der Pandemiehilfe wurde eine noch weitergehende Nutzung ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die zweite Projektphase der „Digitalen Dörfer“?
2. Wie wirkte sich die genannte Freischaltung auf die Nutzungszahlen von DorfFunk und DorfNews aus?
3. Welche Unterstützung können interessierte Kommunen für den Einstieg erhalten?
4. Wie bewertet die Landesregierung die von den Modellkommunen erarbeiteten „10 Tipps für die Digitalisierung in meiner Kommune“?

8. Abgeordnete
Iris Nieland,
Michael Frisch und
Dr. Jan Bollinger (AfD)

Umsetzung der Grundsteuerreform

Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten kommunalen Steuerarten. Im Jahr 2019 betrug das Aufkommen insgesamt 573 Mio. Euro in Rheinland-Pfalz.

Aktuell steht die Grundsteuer vor einer großen Reform. Rheinland-Pfalz ist eines von sechs Bundesländern, das bei der Neuregelung der Grundsteuer bislang kein eigenes Landesmodell entwickelt hat und damit die Öffnungsklausel ungenutzt lässt. Die Finanzverwaltung wird daher alle Grundstücke neu bewerten müssen. Dabei ist es eine Absichtserklärung der Politik, dass die neue Grundsteuer aufkommensneutral sein soll.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen wurden bereits ergriffen, um eine Neubewertung der Grundstücke vorzunehmen?
2. Von welchen Verwaltungskosten wird bei der Neubewertung der Grundstücke derzeit ausgegangen?
3. Wie würde sich das Grundsteueraufkommen im Rahmen der Reform entwickeln, wenn die jetzt bestehenden Hebesätze der Kommunen beibehalten würden?
4. Wie hoch wird das Risiko bewertet, dass die Aufsichtsbehörden eine Aufkommensneutralität verhindern könnten, indem sie hochverschuldeten Kommunen eine Senkung ihrer Hebesätze untersagen?

9. Abgeordneter
Marco Weber (FDP)
- Sachstand der Überprüfung von „Roten Gebieten“**
- Im Zusammenhang mit der Reform der Düngeverordnung hat der rheinland-pfälzische Landwirtschaftsminister Dr. Volker Wissing ein Meldeportal für Nitratmessstellen eingerichtet. Seit dem 4. Mai 2020 können Landwirtinnen und Landwirte über diese digitale Plattform Anmerkungen zu konkreten Nitratmessstellen formulieren bzw. Fragen zu den einzelnen Messstationen stellen. Nach Angaben von Minister Dr. Wissing soll durch die Rückmeldungen aus der landwirtschaftlichen Praxis ein differenziertes Bild über Nitrat-
einträge in das Grundwasser entstehen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Ausweisung sogenannter „Roter Gebiete“.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Vor welche Herausforderungen stellt die neue Düngeverordnung die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz?
 2. Wie viele Rückmeldungen aus der Landwirtschaft sind im neu eingerichteten Meldeportal für Nitratmessstellen bislang eingegangen?
 3. Welche Ergebnisse können aus den bisherigen Mitteilungen im Meldeportal gezogen werden?
 4. Welche Forderungen hat die Landesregierung an die Bundeslandwirtschaftsministerin hinsichtlich der Unterstützung von Agrarbetrieben bei der Umsetzung der neuen Düngeverordnung?
10. Abgeordnete
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Rechtsmotivierte Gewalt: neue Meldestelle m*power**
- Die Zahl der politisch rechts motivierten Gewalttaten in Rheinland-Pfalz ist in den letzten Jahren gestiegen. Am 1. September 2020 startete die neue Meldestelle m*power – eine Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz. Sie ist bei der Betroffenenberatung m*power in Koblenz angesiedelt.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Was zählt zu den Hauptaufgaben der neuen Meldestelle m*power?
 2. Wer kann sich wie an die Meldestelle wenden?
 3. Wie werden die Vorfälle rechter Gewalt und menschenfeindliche Übergriffe dort dokumentiert?
 4. Ist die Einrichtung der Meldestelle in ein Konzept gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Ideologien und Taten eingebunden?
11. Abgeordnete
Horst Gies, Arnold Schmitt
und Michael Ludwig (CDU)
- Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Rheinland-Pfalz**
- Die Afrikanische Schweinepest hat Deutschland erreicht und wurde in einem Wildschweinkadaver in Brandenburg, nahe der polnischen Grenze, nachgewiesen. Zwar ist die Schweinepest ungefährlich für den Menschen, für Haus- und Wildschweine jedoch meist tödlich. Breitet sich die ASP weiter aus, könnte das zu gravierenden wirtschaftlichen Einbußen in der Landwirtschaft führen.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie bewertet die Landesregierung die Ausbreitung der ASP für Rheinland-Pfalz?
 2. Welche Vorsorgemaßnahmen hat die Landesregierung schon jetzt eingeleitet?
 3. Wie bewertet die Landesregierung die Situation für die Schweinehalter in Rheinland-Pfalz, die im Vergleich zu anderen Bundesländern ohnehin schon Wettbewerbsnachteile ausgleichen müssen?
 4. Wie unterstützt die Landesregierung Schweinehalter in Rheinland-Pfalz, ihr Fleisch vor allem regional zu vermarkten?

12. Abgeordneter
Lothar Rommelfanger (SPD)
- Staubentwicklung und Schadstoffbelastung beim Bergversatz in der Ortsge-
meinde Wellen**
- Seit rund sieben Jahren werden in der Ortsgemeinde Wellen verschiedene Materialien als Bergversatz in die dortigen Bergwerkstollen durch den österreichischen Baukonzern Porr AG eingelagert.
- Der Standort nimmt dabei eine aus wirtschaftlicher Sicht überregionale Rolle im Land ein. Die Landesregierung ist auch aufgrund der Größe und Bedeutung über das Landesamt für Bergbau und Geologie mit dem Standort befasst.
- Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten, so zuletzt auch der Presseberichterstattung vom 14. September 2020 im Trierischen Volksfreund zu entnehmen, kommt es vermehrt zu Beschwerden durch Anwohner, die sich über Belästigung durch starke Staubentwicklung beklagen. Zusätzlich bestätigt ein Gutachten, das im Rahmen der Übernahme des Geländes durch den heutigen Betreiber im Jahr 2012 von diesem in Auftrag gegeben wurde, eine Belastung des Areals mit Schadstoffen, deren Beseitigung Bestandteil der Übernahmevereinbarung hätte sein sollen.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Über welche Kenntnis verfügt die Landesregierung hinsichtlich der Nutzung des Areals?
 2. Über welche Kenntnis verfügt die Landesregierung in Bezug auf die vor Ort beklagte Staubbelastung?
 3. Wie erlangte die Landesregierung Kenntnis von o. g. Gutachten zur Schadstoffbelastung auf dem Gelände?
 4. Über welche Kenntnis verfügt die Landesregierung hinsichtlich einer aufgrund von Schadstoffbelastung notwendigen Sanierung?
13. Abgeordnete
Ellen Demuth und
Hedi Thelen (CDU)
- Befürchteter Anstieg häuslicher Gewalt nach Corona-Lock-down**
- Jugend- und Sozialämter, Frauennotrufe und andere Beratungsstellen äußerten früh ihre Befürchtungen, dass durch den Corona-Lock-down die Gewalt in engen sozialen Beziehungen massiv zunehmen würde und die Gewalt wegen der zahlreichen Kontaktbeschränkungen nicht sichtbar würde.
- Nach ersten Erkenntnissen werden nun aber bei Polizeidienststellen Fälle angezeigt, welche in unmittelbarem Zusammenhang mit Gewalt in engen sozialen Beziehungen stehen. Zudem zeigen sich erfahrene Beamte erschrocken über die Rohheit der Gewalt.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Ermittlungen bei Polizeidienststellen wegen angezeigter oder bekannt gewordener Fälle von Gewalt in engen häuslichen Beziehungen?
 2. Trifft es zu, dass die Rohheit in erkannten oder bekannt gewordenen Fällen erschreckend ist?
 3. Inwieweit sind die Personalstellen ausreichend, um Opfern von Gewalt in engen sozialen Beziehungen – überwiegend Frauen und Kindern – während der weiter anhaltenden Kontaktbeschränkungen Hilfe zukommen zu lassen?
 4. Wie kann auch unter der aktuell gegebenen Auslastung der rheinland-pfälzischen Frauenhäuser konkret Abhilfe gefunden werden?

14. Abgeordnete

**Jutta Blatzheim-Roegler und
Pia Schellhammer**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Förderbescheid für Zellertalbahn

Am 15. September 2020 hat der rheinland-pfälzische Verkehrsminister einen Förderbescheid in Höhe von rund 6,5 Millionen Euro zur Sanierung der Zellertalbahn an den Donnersbergkreis überreicht. Das Land Rheinland-Pfalz übernimmt damit 85 Prozent der Kosten für die Sanierung der 27 Kilometer langen Strecke zwischen Langmeil-Marnheim und Monsheim. Bereits 2016 hatte sich die Landesregierung die Förderung der Sanierung der Zellertalbahn in den Koalitionsvertrag geschrieben. Sie ist nun die erste, die aus dem eigens dafür eingerichteten Fördertopf zur Reaktivierung von nichtbundeseigenen (NE-) Bahnen gefördert wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen infrastrukturellen Mehrwert stellt aus Sicht der Landesregierung die Streckenertüchtigung dar?
2. Ab wann ist nach Einschätzung der Landesregierung auf jetzigem Planungsstand die Wiederaufnahme der Verkehre möglich?
3. Welches Potenzial sieht die Landesregierung für eine Reaktivierung des SPNV auf der Strecke?
4. Welche Handlungsschritte sieht die Landesregierung auf Bundesebene als notwendig an, um die Reaktivierung von Schienenstrecken schneller voranzubringen?